

Air-Rescue: Keine Abschiebungsflüge mehr

Bei Abschiebungen von Flüchtlingen sei es in Luxemburg noch niemals zum Einsatz von Medikamenten gekommen, reagierte am Dienstag Außenminister Jean Asselborn auf eine Anfrage des DP-Abgeordneten Xavier Bettel, der sich auf Presseberichte über die Ausweisung eines Weißrussen bezogen hatte. Im Brief des betroffenen Flüchtlings, den tags darauf verschiedene Organisationen veröffentlichten, ist tatsächlich nicht von Betäubungsmitteln die Rede. Stattdessen kann der abgewiesene Asylbewerber jedoch von der brutalen Vorgehensweise der Police Grand Ducale während des ersten Ausweisungsversuchs berichten: Er sei an den Haaren gezogen, auf den Boden geworfen, sowie an Füßen und Händen gefesselt worden. Zudem habe man ihm eine Maske übers Gesicht gezogen. Weil ihn die Besatzung der regulären Luxair-Maschine in diesem Aufzug nicht mitnehmen wollte, wurde er zurück ins Gefängnis gebracht. Beim zweiten Mal hatte die Regierung ein privates Flugzeug bei der Air-Rescue gemietet - Besatzung und Krankenpfleger inklusive. Der Mann sei so auf eine menschenwürdige Art und Weise nach Hause geflogen worden, reagierte der Vorsitzende der Luxembourg Air-Rescue René Closter auf die Kritik der ONG an der Tatsache, dass sich seine Organisation für diese Dienste hergibt. Er sei wiederum gefesselt und angeschnallt auf einer Pritsche ins Flugzeug befördert worden, lautet die Beschreibung des Betroffenen. Die Ausführung solcher Flüge sei innerhalb der Air-Rescue nicht unumstritten gewesen, räumte Closter ein. Immerhin teilte er noch am Mittwoch Abend verschiedenen Medien mit, man stehe in Zukunft für solche Aufträge der Regierung nicht mehr zur Verfügung.

Les hommes en proie des femmes

"L'Association des hommes du Luxembourg (AHL) regrette que la Commission européenne se prête à co-organiser et à co-financer des séminaires féministes. La Commission ne doit pas s'étonner dans ces conditions de l'euro-scepticisme au Luxembourg", ainsi vient de se lamenter l'AHL dans un communiqué. Visé: le séminaire intitulé "Le rôle de l'homme dans la promotion de l'égalité entre femmes et hommes" organisé par le Ministère de l'égalité des chances. Selon l'AHL, le séminaire demanderait "une nouvelle fois aux hommes de se soumettre aux exigences de l'idéologie féministe" au lieu de prendre en compte les légitimes intérêts des hommes eux-mêmes. L'association, qui milite pour les droits des hommes divorcés, estime que la contribution des pères aux charges du ménage et à la garde des enfants "ne regarde en rien les autorités publiques" et que beaucoup de mesures prises par le Ministère de l'égalité des chances dans la vie économique ne sont en fait "que des mécanismes discriminatoires mis en place au détriment des hommes qui travaillent dans ces mêmes entreprises". La Ministre de l'égalité des chances Marie-Josée Jacobs riposte, interrogée par le woxx, que l'AHL avait été invitée au séminaire et avait eu l'occasion de prendre position, mais que personne n'était venu. Ce communiqué de l'AHL montre une nouvelle fois la véritable orientation de l'association: non pas le souci de réformes législatives en matière de divorce, mais une croisade populiste et conservatrice contre la mise en oeuvre de l'égalité.

Staatssozialist Wolter

Wie gut, dass es noch Visionäre gibt. Zumindest versuchte sich Michel Wolter beim CSV-Nationalkongress am vergangenen Wochenende als solcher zu präsentieren. Der Staat brauche gesunde Finanzen, so der Fraktionschef, um dort, wo es nötig ist, zu intervenieren. Und da zu einem modernen Land auch erschwinglicher Wohnraum gehöre, müsse man eben notfalls den Perimeter erweitern. Der Staat solle zu "acceptablen, raisonnablen" Preisen "massiv Terrain" aufkaufen und dann zum Selbstkostenpreis auf den Markt werfen. Nur so könne das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage wieder hergestellt werden. Für einen Konservativen klingt das schon beinahe nach Kommunismus. Und für einen ehemaligen Innenminister, der immer vertreten hat, die ausgewiesene Baufläche im Land sei völlig ausreichend, klingt das schon fast nach Wendehals-Politik. Aber so sind sie eben, die Staatssozialisten.

Kompromissbereit gibt sich Lucien Lux bei der Auslegung von Artikel 17, er wünscht sich dabei aber partnerschaftliche Umgangsformen.

(Foto: RK)



NATURSCHUTZ

Vorschriften sind wichtig, Dialog ist wichtiger

woxx: Die Auslegung von Artikel 17 des Naturschutzgesetzes sorgt zurzeit für heftige Diskussionen. Hauptvorwurf ist, die Naturschutzabteilung wolle alles schützen.

Lucien Lux: Dieser Artikel sagt sehr deutlich, dass es verboten ist, Biotope zu zerstören. Das beschränkt sich auch keineswegs auf die dort aufgeführte Liste von Biotopen, denn diese wird eingeführt durch ein "tels que". Andererseits hat der Minister auch den Spielraum, in Ausnahmefällen eine Zerstörung zu erlauben. Dann nämlich, wenn etwas im Allgemeininteresse geschieht.

Was ist das Allgemeininteresse?

Grundsätzlich ist die wirtschaftliche Entwicklung von allgemeinem Interesse, in einem Land, wo zum Beispiel hohe Arbeitslosigkeit herrscht - das gleiche gilt für die Landwirtschaft und die soziale Entwicklung. So, wenn es darum geht, die Wohnungpreise zu drücken, indem wir neues Bauland erschließen oder auch bei Aktionen zur Verbesserung der natürlichen Umwelt. Solche Entscheidungen werden also in einem Spannungsfeld zwischen den einzelnen Politikbereichen diskutiert und entschieden. Es braucht ein Gleichgewicht zwischen den drei Säulen der Nachhaltigkeit: Natur- und Umweltschutz, sozialer Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung. In den vergangenen Jahren mussten wir allerdings feststellen, dass oft einseitig zu Ungunsten der Natur entschieden wurde.

Mit den von der Naturschutzabteilung ausgearbeiteten

Ausführungsbestimmungen schlägt das Pendel in die andere Richtung. Sogar der Mouvement écologique findet das Dokument zu streng und repressiv.

Was Mouvement écologique und Naturschutzsyndikate wohl vor allem befürchten ist, dass eine zu strenge Auslegung von Artikel 17 sich kontraproduktiv auswirkt, weil sich die Landwirtschaft dann jeder Zusammenarbeit verschließen würde. Die Kritik bezieht sich eher auf die Pädagogik als auf Inhalte wie die Definition eines Biotops, und ich habe sie gehört. Deshalb wird die jetzt vorliegende zweite Fassung der Ausführungsbestimmungen überarbeitet und als definitives Dokument fertiggestellt. Meine Erfahrung als Bürgermeister ist, dass wir im Dialog mit den Bauern vorangekommen sind - und nicht weil wir dauernd mit Paragraphen argumentiert und mit Repressalien gedroht hätten.

Wenn jemand Jahre lang Biodiversitätsprämien kassiert hat, sehen die Ausführungsbestimmungen vor, dass er nicht einfach aus dem Programm aussteigen und die entstandenen Biotope gefährden kann. Das klingt logisch, dürfte aber dazu führen, dass niemand mehr an solchen Programmen teilnimmt.

Wir werden in der endgültigen Textfassung die Möglichkeit schaffen, auszusteigen. Andererseits handelt es sich um öffentliche Gelder. Die wären vergeudet, wenn die entstandenen Biotope mir nichts dir nichts wieder zerstört werden könnten. Das ist eine schwierige Gratwanderung.

Ein weiterer Kritikpunkt lautet: Statt Artikel 17 nur auszulegen, versuche die Naturschutzabteilung, ihn auszuweiten.

In einem Punkt ist das jedenfalls richtig: Artikel 17 sieht keinen Schutz von potenziellen Biotopen vor, nur den von real existierenden. Wir werden die Passage dazu aus dem Text entfernen. Wenn die Gegenseite Artikel 17 ernst nehmen soll, dann dürfen wir den Inhalt nicht wie

ein Gummiband überdehnen. Richtig ist aber, diese Potenziale für Biotope zur Sprache zu bringen, wenn man vor Ort über Maßnahmen diskutiert, und darauf hinzuweisen, welche Unterstützungsmöglichkeiten es gibt. Immerhin beauftragt Artikel 1 den Minister, natürliche Flächen und Landschaften zu restaurieren sowie die Biodiversität zu fördern.

Was ist mit den Lebensräumen für Reptilien und Schmetterlinge: Wird jede Pfütze und jede Brennessel unter Naturschutz gestellt, wie Kritiker behaupten?

Wichtig ist, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren. Ich glaube nicht, dass man mit Wasser gefüllte Fahrrillen in Feldwegen als Biotope bezeichnen kann. Dies war auch so nie die Absicht der jetzt vorliegenden Ausführungsbestimmungen von Artikel 17. Eine Trendwende zugunsten der Umwelt erreichen wir nicht, wenn wir uns an den Details festhalten. Deswegen bejahen wir auch die Erstellung eines Biotop-Katasters, der Klarheit und Transparenz schafft. In der Praxis dürfte es einen Konsens darüber geben, dass großflächigen Biotope geschützt gehören, respektiv jene die in Luxemburg selten und besonders gefährdet sind - nicht aber Elemente, die für die Biodiversität in Luxemburg zweitrangig sind.

Gibt es eine Abstimmung mit dem Landwirtschaftsministerium in Sachen Auslegung von Artikel 17?

Während unserer Konsultationen in dieser Frage haben wir uns mit der Ackerbauverwaltung abgestimmt. Vor allem die technischen Aspekte sind als abgesprochen zu betrachten. Was das Inhaltliche angeht, werden wir auch versuchen, ihren Sorgen Rechnung zu tragen. Allerdings fallen die Ausführungsbestimmungen für Naturschutz unter meine Zuständigkeit.

Für die Landschaftspflegeprämie ist aber der Landwirtschaftsminister zuständig.

Deswegen wollen wir zusammenarbeiten. Im Sinne des Naturschutzes wäre es sinnvoll, diese Prämien gezielt zu vergeben, statt nach dem Gießkannenprinzip. In dieser Frage sind wir uns mit den NGOs und den Naturschutzsyndikaten einig.

Prämien gezielter vergeben ... Wollen Sie alles über Förderung erreichen statt über Verbote?

Wir brauchen das eine und das andere. Im Naturschutzgesetz ist beides vorgesehen. Ich glaube nicht daran, dass es reicht, nur zu fördern, und schon frevelt niemand mehr gegen die Natur. Andererseits brauchen wir Flexibilität. Wenn demnächst die Eisenbahn zum Beispiel eine neue Zugstrecke Luxemburg-Bettemburg bauen will, soll sie das im Allgemeininteresse tun können. Aber das Naturschutzgesetz sieht vor, dass der Umweltminister dem Transportminister Auflagen macht: Wenn hier ein Waldstück zerstört wird und dort eine Obstwiese, muss das anderswo durch die Neuanlage von Biotopen kompensiert werden.

Interview: Raymond Klein

Lucien Lux

Indem er das Artikel-17-Problem zur Chefsache erklärt, hofft Lucien Lux (50), den Streit seiner Verwaltung mit Bauern- und Umweltschutzorganisationen zu entschärfen. Wie man diplomatisch vorgeht, hat der Umwelt- und Transportminister in seiner fast 20-jährigen Amtszeit als Bettemburger Bürgermeister gelernt. Bei der Pressekonferenz zu Artikel 17 am vergangenen Dienstag signalisierte er Kompromissbereitschaft. Er legte aber auch Zahlen über den Rückgang von wertvollen Biotopen vor, um die Notwendigkeit von mehr Naturschutz zu untermauern. Die "Etude paysagère 1962-1999" steht unter www.emwelt.lu zum Download bereit.